

Bundesgesetzblatt ⁶⁷³

Teil II

G 1998

2007

Ausgegeben zu Bonn am 18. Mai 2007

Nr. 14

Tag	Inhalt	Seite
20. 3.2007	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Science Applications International Corporation“ (Nr. DOCPER-AS-11-24)	674
26. 3.2007	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-französischen Rahmenabkommens über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich	676
26. 3.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Gründung eines Internationalen Verbandes für die Veröffentlichung der Zolltarife	676
26. 3.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Hauptlinien des Internationalen Eisenbahnverkehrs (AGC)	677
28. 3.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens	677
11. 4.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Straßenverkehr	678
11. 4.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen	678
11. 4.2007	Bekanntmachung zu dem Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen	679
26. 4.2007	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über die Inbesitznahme und Nutzung der Liegenschaft des Internationalen Seegerichtshofs in der Freien und Hansestadt Hamburg (Zusatzabkommen nach Artikel 3 des Sitzabkommens)	680
27. 4.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Rotterdamer Übereinkommens über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennnissetzung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel	704

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „Science Applications International Corporation“
(Nr. DOCPER-AS-11-24)**

Vom 20. März 2007

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 13. März 2007 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Science Applications International Corporation“ (Nr. DOCPER-AS-11-24) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 13. März 2007

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 20. März 2007

**Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer**

Auswärtiges Amt

Berlin, den 13. März 2007

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beeindruckt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika den Eingang der Verbalnote Nr. 13 vom 13. März 2007 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beeindruckt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeit von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen Folgendes mitzuteilen:

Um die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen Science Applications International Corporation einen Vertrag auf Basis der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-11-24 über die Erbringung von Analytischen Dienstleistungen geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Unternehmen Science Applications International Corporation zur Erleichterung seiner Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen Science Applications International Corporation wird im Rahmen seines Vertrags zur Bereitstellung von Analytischen Dienstleistungen für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Dienstleistungen erbringen:

Dient als Vertreter des dem strategischen Kommando der US-Streitkräfte (USSTRATCOM) unterstehenden Teilkommmandos für nachrichtendienstliche Aufklärung und Überwachung (JFCC-ISR) im Zentrum für gemeinsame nachrichtendienstliche Operationen (JIOC) des europäischen Kommandos der US-Streitkräfte (USEUCOM). Führt Beratertätigkeiten, Analysen, Untersuchungen und Koordinationsaufgaben in Bezug auf die verschiedenen Grundsatzprogramme, Probleme und Anforderungen im

Zusammenhang mit ISR-Plattformen und -Tätigkeiten des US-Verteidigungsministeriums (DoD) durch. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: Military Analyst (Anhang II.4.).

Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeiten von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der Nummer 4 des Notenwechsels, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen Science Applications International Corporation wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
3. Nach Maßgabe der unter Nummer 6 des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-11-24 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen Science Applications International Corporation endet. Sie tritt außerdem außer Kraft, wenn das Auswärtige Amt nicht spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Eine Kopie des Vertrags mit einer Laufzeit vom 6. Dezember 2006 bis 5. Dezember 2007 ist dieser Vereinbarung beigefügt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.
7. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 oder dieser Vereinbarung durch das oben genannte Unternehmen kann eine Partei dieser Vereinbarung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation kündigen; die Vereinbarung tritt 3 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 7 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 13. März 2007 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beeindruckt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 13 vom 13. März 2007 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 13. März 2007 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-französischen Rahmenabkommens
über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich**

Vom 26. März 2007

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 2006 zu dem Rahmenabkommen vom 22. Juli 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich und zu der Vertragsvereinbarung vom 9. März 2006 zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Gesundheit und Solidarität der Französischen Republik über die Durchführungsmodalitäten des Rahmenabkommens (BGBl. 2006 II S. 1330, 1332) wird bekannt gemacht, dass das Rahmenabkommen nach seinem Artikel 10

am 1. April 2007

in Kraft tritt.

Berlin, den 26. März 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Gründung eines Internationalen Verbandes
für die Veröffentlichung der Zolltarife**

Vom 26. März 2007

Zu dem Übereinkommen vom 5. Juli 1890 zur Gründung eines Internationalen Verbandes für die Veröffentlichung der Zolltarife nebst Ausführungsbestimmungen und Zeichnungsprotokoll sowie des Änderungsprotokolls vom 16. Dezember 1949 (BArz. Nr. 51 vom 14. März 1958) haben Bulgarien am 17. Juni 2004 und Korea am 29. November 2005 ihre Kündigung notifiziert.

Nach Artikel 15 des Übereinkommens wird die Kündigung für

Bulgarien am 1. April 2010

Korea am 1. April 2010

wirksam.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. April 2004 (BGBl. II S. 576).

Berlin, den 26. März 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die Hauptlinien des Internationalen Eisenbahnverkehrs (AGC)**

Vom 26. März 2007

Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Übereinkommen vom 31. Mai 1985 über die Hauptlinien des Internationalen Eisenbahnverkehrs (AGC) (BGBl. 1988 II S. 987) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 27. Mai 2002 (BGBl. II S. 1652).

Berlin, den 26. März 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit
auf dem Gebiete des Zollwesens**

Vom 28. März 2007

Das Abkommen vom 15. Dezember 1950 über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens nebst Anlage (BGBl. 1952 II S. 1, 19) ist nach seinem Artikel XVIII Abs. c für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Montenegro	am 24. Oktober 2006
Laos	am 16. Januar 2007.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 10. Juni 2002 (BGBl. II S. 1688).

Berlin, den 28. März 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über den Straßenverkehr**

Vom 11. April 2007

Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Übereinkommen vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr (BGBl. 1977 II S. 809, 811) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 1. März 2007 (BGBl. II S. 533).

Berlin, den 11. April 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen**

Vom 11. April 2007

I.

Das Internationale Übereinkommen vom 21. Oktober 1982 zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen (BGBl. 1987 II S. 638) ist nach seinem Artikel 17 Abs. 2 für die

Türkei am 21. Juni 2006
in Kraft getreten.

II.

Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. 2006 II S. 50).

Berlin, den 11. April 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
zu dem Europäischen Übereinkommen
über das grenzüberschreitende Fernsehen**

Vom 11. April 2007

Frankreich hat dem Generalsekretär des Europarats am 18. Dezember 2006 nachstehende Erklärung nach Artikel 19 Abs. 2 des Europäischen Übereinkommens vom 5. Mai 1989 über das grenzüberschreitende Fernsehen (BGBI. 1994 II S. 638) in seiner durch das Protokoll vom 9. September 1998 geänderten Fassung (BGBI. 2000 II S. 1090) notifiziert:

(Übersetzung)

Conformément à l'article 19, paragraphe 2, de la Convention, la France désigne les deux autorités suivantes:

– le Conseil Supérieur de l'Audiovisuel (CSA) – En vertu de la loi n° 86-1067 du 30 septembre 1986 relative à la liberté de communication, le Conseil Supérieur de l'Audiovisuel (CSA) «garantit l'exercice de la liberté de communication audiovisuelle en matière de radio et de télévision (...), veille à favoriser la libre concurrence et l'établissement de relations non discriminatoires entre éditeurs et distributeurs de services ainsi qu'à la qualité et à la diversité des programmes».

– la Direction du Développement des Médias, placée sous l'autorité du Premier Ministre (DDM) – En vertu du décret n° 2000-1074 du 3 novembre 2000, la Direction du Développement des Médias (DDM) définit et met en œuvre la politique du gouvernement en faveur du développement et du pluralisme des médias et des services de la société de l'information; à ce titre, elle prépare notamment la législation relative à la communication audiovisuelle; en outre, la DDM est associée aux négociations européennes et internationales touchant à la réglementation ou à la régulation des médias et des services de la société de l'information; dans le cadre de ses fonctions, elle participe aux réunions du Comité permanent de la Convention européenne pour la télévision transfrontière chargé du suivi de la mise en œuvre de la Convention.

Nach Artikel 19 Absatz 2 des Übereinkommens benennt Frankreich die beiden folgenden Behörden:

– den Hohen Rat für Hörfunk und Fernsehen (CSA) – Aufgrund des Gesetzes Nr. 86-1067 vom 30. September 1986 über die Freiheit der Kommunikation „gewährleistet [der Hohe Rat für Hörfunk und Fernsehen (CSA)] die Ausübung der Freiheit der audiovisuellen Kommunikation im Bereich Hörfunk und Fernsehen (...) und sorgt für die Förderung des freien Wettbewerbs und die Schaffung nicht diskriminierender Beziehungen zwischen Programm-anbietern und Netzbetreibern sowie für die Qualität und die Vielfalt der Programme“.

– die dem Premierminister unterstellte Direktion für Medienentwicklung (DDM) – Aufgrund des Dekrets Nr. 2000-1074 vom 3. November 2000 legt die Direktion für Medienentwicklung (DDM) die Politik der Regierung für die Entwicklung und die Vielfalt der Medien und der Dienstleistungen der Informationsgesellschaft fest und führt sie durch; hierzu bereitet sie insbesondere die Gesetzgebung zur audiovisuellen Kommunikation vor; ferner wirkt die DDM bei den europäischen und internationalen Verhandlungen über die Reglementierung oder die Regulierung der Medien und der Dienstleistungen der Informationsgesellschaft mit; im Rahmen ihrer Aufgaben nimmt sie an den Sitzungen des Ständigen Ausschusses des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen teil, dessen Aufgabe in der Überwachung der Durchführung des Übereinkommens besteht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. Juli 2005 (BGBI. II S. 877).

Berlin, den 11. April 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
des Abkommens
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Internationalen Seegerichtshof
über die Inbesitznahme und Nutzung der Liegenschaft
des Internationalen Seegerichtshofs
in der Freien und Hansestadt Hamburg
(Zusatzabkommen nach Artikel 3 des Sitzabkommens)**

Vom 26. April 2007

Das in Berlin am 18. Oktober 2000 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über die Inbesitznahme und Nutzung der Liegenschaft des Internationalen Seegerichtshofs in der Freien und Hansestadt Hamburg (Zusatzabkommen nach Artikel 3 des Sitzabkommens) wird nach seinem Artikel 11 Abs. 2 am selben Tag wie das Sitzabkommen (BGBl. 2007 II S. 143, 159, 672), das heißt

am 1. Mai 2007,

in Kraft treten. Das Zusatzabkommen sowie der dazugehörige Notenwechsel vom 18. Oktober 2000 werden nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 26. April 2007

Bundesministerium der Justiz
Im Auftrag
Dr. Giesler

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Internationalen Seegerichtshof
über die Inbesitznahme und Nutzung der Liegenschaft
des Internationalen Seegerichtshofs
in der Freien und Hansestadt Hamburg
(Zusatzabkommen nach Artikel 3 des Sitzabkommens)

Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the International Tribunal for the Law of the Sea
on the Occupancy and Use of the Premises of
the International Tribunal for the Law of the Sea
in the Free and Hanseatic City of Hamburg
(Additional Agreement)
in accordance with article 3 of the Headquarters Agreement)

Accord
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Tribunal international du droit de la mer
relatif à l'occupation et à l'utilisation des locaux du
Tribunal international du droit de la mer
dans la Ville libre et hanséatique de Hambourg
(Accord complémentaire)
établi conformément à l'article 3 de l'Accord de siège)

Die Regierung der
 Bundesrepublik Deutschland
 und
 der Internationale Seegerichtshof –

The Government of the
 Federal Republic of Germany
 and
 the International Tribunal
 for the Law of the Sea

Le Gouvernement de la
 République fédérale d'Allemagne
 et
 le Tribunal international
 du droit de la mer,

in dem Wunsch, eine Vereinbarung über
 die Inbesitznahme und Nutzung der Liegenschaft
 des Internationalen Seegerichtshofs sowie eine Regelung der Bedingungen
 zu treffen, unter denen die Regierung
 der Bundesrepublik Deutschland dem Internationalen Seegerichtshof die
 Liegenschaft als seinen Sitz in der Freien und Hansestadt Hamburg nach Artikel 1
 Absatz 2 der Anlage VI zu dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 ständig zur Verfügung stellt,

in Anbetracht der Rechtspersönlichkeit
 des Gerichtshofs und der Bestimmungen
 des Übereinkommens über Vorrechte und
 Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs, das von der Vertragsstaatenkonferenz
 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen am 23. Mai 1997
 angenommen wurde,

Desiring to conclude an agreement
 regarding the occupancy and use of the
 premises of the International Tribunal for
 the Law of the Sea and in order to regulate
 the terms under which the premises shall
 be made available by the Government of
 the Federal Republic of Germany to the
 Tribunal as its seat in the Free and
 Hanseatic City of Hamburg, pursuant to
 article 1, paragraph 2, of Annex VI to the
 United Nations Convention on the Law of
 the Sea of 10 December 1982,

Having regard to the legal personality of
 the Tribunal and the provisions of the
 Agreement on the Privileges and Immunities
 of the International Tribunal for the
 Law of the Sea, adopted by the Meeting of
 State Parties to the United Nations Convention
 on the Law of the Sea on 23 May 1997,

Désireux de conclure un accord relatif à
 l'occupation et à l'utilisation des locaux du
 Tribunal international du droit de la mer et
 de définir les modalités sous lesquelles les
 locaux seront mis par le Gouvernement de
 la République fédérale d'Allemagne à la
 disposition du Tribunal en tant que siège
 de celui-ci dans la Ville libre et hanséatique
 de Hambourg, conformément à l'article
 premier, paragraphe 2, de l'annexe VI de la
 Convention des Nations Unies sur le droit de la
 mer du 10 décembre 1982,

Eu égard à la personnalité juridique du
 Tribunal et aux dispositions de l'Accord
 sur les priviléges et immunités du Tribunal
 international du droit de la mer, adopté par
 la Réunion des Etats Parties à la Convention
 des Nations Unies sur le droit de la
 mer le 23 mai 1997,

im Hinblick darauf, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zugesagt hat, auf eigene Kosten für eine geeignete Unterbringung des Internationalen Seegerichtshofs zu sorgen und ihm das Grundstück mit allen notwendigen Anlagen als Liegenschaft zur Verfügung zu stellen,

im Hinblick darauf, dass der Internationale Seegerichtshof das Angebot der Regierung der Bundesrepublik Deutschland angenommen und sich bereit erklärt hat, die Liegenschaft in Besitz zu nehmen und zu nutzen,

in der Erwägung, dass das Sitzabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof (im Folgenden als „das Sitzabkommen“ bezeichnet) unter anderem die Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen des Gerichtshofs in der Bundesrepublik Deutschland regelt –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Abkommens gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

- a) „Gerichtshof“ bezeichnet den Internationalen Seegerichtshof;
- b) „Gastland“ bezeichnet die Bundesrepublik Deutschland;
- c) „Regierung“ bezeichnet die Regierung der Bundesrepublik Deutschland;
- d) „zuständige Behörden“ bezeichnet die im jeweiligen Zusammenhang einschlägigen Bundes-, Landes- oder Kommunalbehörden in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Oberfinanzdirektion nach den Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Ge pflogenheiten der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Gesetze, sonstigen Vorschriften und Ge pflogenheiten der betreffenden Landes- und Kommunalbehörden;
- e) „Oberfinanzdirektion“ bezeichnet die für das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg zuständige Oberfinanzdirektion;
- f) „Vertragsparteien“ bezeichnet die Vertragsparteien dieses Abkommens;
- g) „Sitzabkommen“ bezeichnet das zwischen der Regierung und dem Gerichtshof geschlossene Abkommen über den Sitz des Gerichtshofs;
- h) „Sitzgelände“ umfasst den Grund und Boden der Liegenschaft des Gerichtshofs einschließlich der darauf befindlichen Gebäude, wie in Anlage 1 beschrieben;
- i) „Liegenschaft“ bezeichnet die im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland stehende Immobilie, bestehend aus den Gebäuden, den Einrichtungen,

Whereas the Government of the Federal Republic of Germany has agreed to provide, at its own expense, appropriate accommodation for the International Tribunal for the Law of the Sea and to make it available with all necessary facilities as the premises,

Whereas the International Tribunal for the Law of the Sea has accepted the offer of the Government of the Federal Republic of Germany and has agreed to occupy and use the premises,

Whereas the Headquarters Agreement between the Federal Republic of Germany and the International Tribunal for the Law of the Sea (hereinafter referred to as “the Headquarters Agreement”) inter alia provides for the privileges, immunities and facilities of the Tribunal in the Federal Republic of Germany,

Have agreed as follows:

Article 1

Use of terms

For the purposes of this Agreement:

- a) “Tribunal” means the International Tribunal for the Law of the Sea;
- b) “host country” means the Federal Republic of Germany;
- c) “Government” means the Government of the Federal Republic of Germany;
- d) “competent authorities” means such federal (Bund), Land (state) or local authorities in the Federal Republic of Germany including the “Oberfinanzdirektion” as may be appropriate in the context and in accordance with the laws, regulations and customs of the Federal Republic of Germany, including the laws, regulations and customs of the Land (state) and local authorities involved;
- e) “Oberfinanzdirektion” means the regional finance directorate responsible for the area of the Free and Hanseatic City of Hamburg;
- f) “Parties” means the parties to this Agreement;
- g) “Headquarters Agreement” means the Agreement concluded between the Government and the Tribunal regarding the Headquarters of the Tribunal;
- h) “Headquarters district” comprises the area with the buildings upon it of the premises of the Tribunal as described in Annex 1;
- i) “premises” means the property of the Federal Republic of Germany comprising the buildings, installations, equipment, fittings and all other facilities, as

Considérant que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne a convenu de fournir, à ses frais, au Tribunal international du droit de la mer un siège approprié, doté de tous les aménagements nécessaires pour servir de locaux au Tribunal,

Considérant que le Tribunal international du droit de la mer a accepté l'offre du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et a convenu d'occuper les locaux et d'en faire usage,

Considérant que l'Accord de siège entre la République fédérale d'Allemagne et le Tribunal international du droit de la mer relativ au siège du Tribunal (ci-après dénommé «Accord de siège») définit notamment les priviléges, immunités et facilités du Tribunal international du droit de la mer en République fédérale d'Allemagne,

Sont convenus de ce qui suit:

Article Premier

Definitions

Aux fins du présent Accord:

- a) On entend par «Tribunal» le Tribunal international du droit de la mer;
- b) On entend par «pays hôte» la République fédérale d'Allemagne;
- c) On entend par «Gouvernement» le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne;
- d) On entend par «autorités compétentes» telles autorités en République fédérale d'Allemagne, fédérales (Bund), d'un Land (état), ou locales, y compris la «Oberfinanzdirektion», qui seraient appropriées selon le contexte et conformément aux lois, règlements et coutumes de la République fédérale d'Allemagne, y compris les lois, règlements et coutumes du Land (état) et des autorités locales concernées;
- e) On entend par «Oberfinanzdirektion» la direction régionale des finances responsable de la région de la Ville libre et hanséatique de Hambourg;
- f) On entend par «Parties» les Parties au présent Accord;
- g) On entend par «Accord de siège» l'Accord relatif au siège du Tribunal conclu entre le Gouvernement et le Tribunal;
- h) Le «district du siège» comprend la zone avec les bâtiments abritant les locaux du Tribunal qui y sont construits, tels qu'ils sont décrits à l'annexe 1;
- i) On entend par «locaux» la propriété de la République fédérale d'Allemagne, comprenant les bâtiments, installations, équipements, agencements et

der Ausstattung, der Ausrüstung und allen sonstigen Anlagen, sowie die diese umgebenden Außenanlagen auf dem Grundstück an der Straße „Am Internationalen Seegerichtshof“ in der Freien und Hansestadt Hamburg, wie in Anlage 1 beschrieben;

- j) „Einrichtungen“ bezeichnet alle unbeweglichen Einbauten wie Maschinen, Versorgungs- und Kommunikationsleitungen, Entwässerungssysteme und alle anderen Systeme und Anlagen, die mit der Liegenschaft dauerhaft verbunden sind;
- k) „Ausrüstung“ bezeichnet alle Gegenstände, die, obwohl entfernbare, als dauerhafter Bestandteil der Liegenschaft anzusehen sind, wie zum Beispiel speziell angefertigte oder eingebaute Möbel, Lampen und Videobildschirme;
- l) „Ausstattung“ bezeichnet alle beweglichen Gegenstände, die als Inventar mit der Liegenschaft zur Verfügung gestellt werden und die weder fest eingebaut noch speziell für die Liegenschaft angefertigt sind, wie zum Beispiel Telefone, Faxgeräte, Möbel, Küchenausstattung sowie Geschirr und Besteck.

Artikel 2

Zweck und Geltungsbereich des Abkommens

Dieses Abkommen legt die Bedingungen fest, unter denen die Liegenschaft einschließlich der Einrichtungen, Ausstattung, Ausrüstung und aller sonstigen dort befindlichen Anlagen, die für die reibungslose Arbeit des Gerichtshofs erforderlich sind, dem Gerichtshof von der Regierung zur Verfügung gestellt und vom Gerichtshof in Besitz genommen und genutzt wird.

Artikel 3

Übergabe und Nutzung der Liegenschaft

(1) Die Regierung erklärt sich hiermit bereit, dem Gerichtshof die Liegenschaft auf Dauer mietzfrei mit dem Recht der Inbesitznahme und Nutzung als Sitz des Gerichtshofs für den Zweck und nach Maßgabe des Sitzabkommens und dieses Abkommens zu übergeben. Unbeschadet des Satzes 1 bleibt die Liegenschaft Eigentum der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Der Gerichtshof hat das Recht, die Liegenschaft friedlich und ungestört sowie ohne unverhältnismäßige Unterbrechungen und Beeinträchtigungen zur Ausübung seiner Tätigkeit einschließlich Nebentätigkeiten, deren Ausübung er beschließen kann, zu nutzen.

(3) Die Regierung bemüht sich nach Kräften sicherzustellen, dass die Nutzung

well as the surrounding grounds on the site located on the street „Am Internationalen Seegerichtshof“, in the Free and Hanseatic City of Hamburg, as described in Annex 1;

- j) „installations“ means all immovable fixtures, such as machinery, utility and communication lines, drainage systems and all other systems and facilities which are permanently attached to the premises;
- k) „fittings“ means any item which, though removable, is considered to be a permanent part of the premises, such as specially fitted or built-in furniture, lamps and video screens;
- l) „equipment“ means any movable item which is provided as accessory to the premises and which is neither permanently fixed nor specially fitted for the premises, such as telephones, fax machines, furniture, kitchen equipment and table-ware.

tous les autres aménagements, de même que les terrains qui l'entourent, sis rue «Am Internationalen Seegerichtshof», dans la Ville libre et hanseatische de Hambourg, telle que décrite à l'annexe 1;

- j) On entend par «installations» toutes les installations immeubles, telles que machines, installations des services publics, lignes de communication, systèmes d'écoulement des eaux et tous les autres systèmes et aménagements intégrés de façon permanente dans les locaux;
- k) On entend par «agencements» tous les objets qui, bien que meubles, sont considérés comme constituant une partie permanente des locaux, tels le mobilier spécialement adapté ou encastré, les lampes et les écrans vidéo;
- l) On entend par «équipements» tous les biens meubles fournis comme accessoires aux locaux, qui ne sont ni fixés de façon permanente, ni spécialement adaptés aux locaux, tels que téléphones, télécopieurs, mobilier, équipement de cuisine et vaisselle.

Article 2

Purposes and scope of the Agreement

This Agreement establishes the terms and conditions under which the premises together with the installations, equipment, fittings and all other facilities therein which are required for the effective functioning of the Tribunal are made available by the Government to the Tribunal and are occupied and used by the Tribunal.

Article 2

Objet et champ d'application de l'Accord

Le présent Accord fixe les modalités et conditions sous lesquelles les locaux, ainsi que les installations, équipements, agencements et tous les autres aménagements nécessaires au bon fonctionnement du Tribunal qui se trouvent dans lesdits locaux sont fournis par le Gouvernement au Tribunal qui les occupe et en fait usage.

Article 3

Transfer and use of the premises

(1) The Government hereby agrees to transfer the premises permanently to the Tribunal, free of rent, with the right to occupy and use the premises as the Headquarters of the Tribunal for the purpose of and in accordance with the Headquarters Agreement and this Agreement. Without prejudice to the foregoing, the premises shall remain the property of the Federal Republic of Germany.

(2) The Tribunal shall have the right to enjoy the premises peacefully and quietly, without undue interruptions and disturbances, for the conduct of its activities including any ancillary activities it may decide to carry out.

(3) The Government shall make every effort to ensure that the use of the vicinity

Article 3

Transfert et utilisation des locaux

1) Le Gouvernement convient par le présent Accord de transférer au Tribunal, à titre permanent, les locaux, exempts de loyer, avec le droit de les occuper et d'en faire usage en tant que siège du Tribunal, aux fins de l'Accord de siège et du présent Accord et conformément aux dispositions desdits Accords. Sans préjudice de ce qui précède, les locaux restent la propriété de la République fédérale d'Allemagne.

2) Le Tribunal a le droit de jouir des locaux dans un environnement paisible et dans la tranquillité, sans interruptions ni perturbations indues, pour la conduite de ses activités, y compris de toutes les activités subsidiaires qu'il pourrait décider de mener.

3) Le Gouvernement ne ménagera pas ses efforts pour veiller à ce que l'usage fait

der Umgebung der Liegenschaft den Nutzen der Liegenschaft für den Gerichtshof nicht beeinträchtigt.

(4) Der Gerichtshof darf bei ordnungsgemäßer Benachrichtigung der Regierung Dritten gestatten, die Liegenschaft oder Teile der Liegenschaft mietzinsfrei, aber erforderlichenfalls gegen Erstattung der entstehenden Kosten für Tagungen, Konferenzen, Besprechungen, Beratungen oder andere Aktivitäten mit Bezug zu den Aufgaben oder Interessen des Gerichtshofs zu nutzen. In Bezug auf die Verpflichtungen des Gerichtshofs nach diesem Abkommen gelten solche Aktivitäten als Aktivitäten des Gerichtshofs.

(5) Die Regierung verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass die Gebäude ordnungsgemäß gebaut und für die Inbesitznahme und Nutzung für die Zwecke des Gerichtshofs ausgestattet sind und die Gebäude, die Einrichtungen und die Ausrüstung unter Einhaltung der im Gastland rechtsverbindlichen Bauvorschriften und -normen errichtet werden.

(6) Die Regierung stellt dem Gerichtshof die Liegenschaft sicher, tauglich und bereit zur Nutzung und Inbesitznahme am 6. November 2000 zur Verfügung. An diesem Tag geht der Besitz an der Liegenschaft von der Regierung auf den Gerichtshof über. Die Zuständigkeiten jeder Vertragspartei für Betrieb, Instandhaltung und Reparatur der Liegenschaft nach Artikel 4 gelten ab dem Tag des Besitzübergangs.

(7) Ein Bestandsverzeichnis über die Ausstattung, die Ausrüstung sowie alle anderen beweglichen Anlagen, die dem Gerichtshof mit dem Gebäude zur Verfügung gestellt werden, wird von der Regierung mindestens 30 Tage vor dem in Absatz 6 genannten Datum erstellt und vom Gerichtshof binnen 30 Tagen nach dessen Einzug in die Liegenschaft bestätigt.

Artikel 4

Betrieb, Instandhaltung, Reparatur und Veränderung der Liegenschaft

(1) Der Gerichtshof hält die Liegenschaft in ordnungsgemäßem und nutzbarem Zustand. Er ist insoweit auf eigene Kosten zuständig für den ordnungsgemäßen Betrieb und die angemessene Instandhaltung der Liegenschaft einschließlich Einrichtungen und Ausrüstung. Angemessene Instandhaltung umfasst regelmäßige Inspektion und Wartung der Einrichtungen und der Ausrüstung sowie die Erhaltung der Gebäude und die Pflege der Außenanlagen. Der Gerichtshof ist ferner zuständig für Ersatz oder Reparatur von Gebäuden oder Gebäudeteilen, Einrichtungen und Ausrüstung, soweit dies infolge fehlerhaften Betriebs oder nicht angemessener Instandhaltung erforderlich ist. Bezuglich aller anderen Reparaturen

of the premises shall not adversely affect the usefulness of the premises to the Tribunal.

(4) The Tribunal may, with due notice to the Government, allow third parties use of the premises or parts of the premises, free of rent, but, if required, against compensation for expenses incurred, for the purpose of meetings, conferences, consultations, deliberations or any other activities related to the functions or interests of the Tribunal. In respect of the obligations of the Tribunal under this Agreement any such activities shall be deemed to be activities of the Tribunal.

(5) The Government undertakes to ensure that the buildings are properly constructed and equipped for occupancy and use for the purposes of the Tribunal and that the buildings, installations and fittings are erected in compliance with the building regulations and standards that are legally binding in the host country.

(6) The Government shall make the premises available to the Tribunal safe, fit and ready for use and occupancy on 6 November 2000. On this date, the Government shall transfer the possession of the premises to the Tribunal. The responsibilities of each of the Parties for the operation, maintenance and repair of the premises under article 4, shall take effect from the date of the transfer of the possession of the premises.

(7) An inventory of the equipment, fittings and any other movable facilities provided with the building to the Tribunal shall be drawn up by the Government at least 30 days prior to the date specified in paragraph 6 and will be confirmed by the Tribunal within 30 days following the move into the premises by the Tribunal.

Article 4

Operation, maintenance, repair and alteration of the premises

(1) The Tribunal shall maintain the premises in good repair and tenable condition. In this respect, it shall be responsible, at its own expense, for the orderly operation and adequate maintenance of the premises including installations and fittings. Adequate maintenance shall include regular inspection and servicing of installations and fittings as well as upkeep of the buildings and care of the grounds. The Tribunal shall also be responsible for replacement or repair of buildings or parts of buildings, installations and fittings as a result of faulty operation or inadequate maintenance. In respect of all other repairs of the premises including installations and fittings, particularly those arising from wear and tear, the Tribunal will

du voisinage des locaux ne gêne pas l'utilisation des locaux par le Tribunal.

4) Le Tribunal peut, en le notifiant dûment au Gouvernement, permettre à des tiers l'utilisation des locaux ou de parties des locaux, sans loyer, mais si nécessaire contre dédommagement pour les dépenses encourues, à des fins de réunions, de conférences, de consultations, de délibérations ou de toute autre activité se rapportant aux fonctions ou aux intérêts du Tribunal. Au regard des obligations du Tribunal découlant du présent Accord, de telles activités sont réputées être des activités du Tribunal.

5) Le Gouvernement s'engage à veiller à ce que les bâtiments soient construits et équipés de manière adéquate pour leur occupation et utilisation aux fins du Tribunal, et que les bâtiments, installations et agencements soient construits conformément aux réglementations et normes de construction juridiquement contraignantes dans le pays hôte.

6) Le Gouvernement met à la disposition du Tribunal des locaux sûrs, adéquats et prêts à être utilisés et occupés le 6 Novembre 2000. A cette date, le Gouvernement transfère la jouissance des locaux au Tribunal. Les responsabilités de chacune des Parties concernant le fonctionnement, l'entretien et la réparation des locaux, visées à l'article 4, prennent effet à la date du transfert de la jouissance des locaux.

7) Un inventaire des équipements, agencements et autres aménagements meubles fournis avec le bâtiment au Tribunal est dressé par le Gouvernement au moins 30 jours avant la date spécifiée au paragraphe 6, et sera confirmé par le Tribunal au cours des 30 jours suivant l'emménagement du Tribunal dans les locaux.

Article 4

Fonctionnement, entretien, réparations et transformations des locaux

1) Le Tribunal entretient les locaux et les conserve dans un bon état permettant leur occupation. Il est à cet égard responsable, à ses frais, du fonctionnement adéquat et de l'entretien approprié des locaux, y compris des installations et des agencements. L'entretien approprié inclut l'inspection et la maintenance à intervalles réguliers des installations et des agencements, de même que l'entretien des bâtiments et des terrains. Le Tribunal est également responsable du remplacement ou de la réparation des bâtiments ou de parties des bâtiments, des installations et agencements rendu nécessaire par un mauvais fonctionnement ou un entretien inadéquat. Pour toutes les autres réparations des locaux, y compris celles des ins-

der Liegenschaft einschließlich Einrichtungen und Ausrüstung, insbesondere solcher, die auf Abnutzung zurückzuführen sind, ist der Gerichtshof für kleinere Reparaturen zuständig. Im Einzelnen sind die Zuständigkeiten des Gerichtshofs in Bezug auf Betrieb und Instandhaltung sowie Reparaturen in Anlage 2 beschrieben.

(2) Der Gerichtshof verpflichtet sich, für den Betrieb und die Instandhaltung der Liegenschaft nach diesem Artikel die Dienste eines oder mehrerer Anbieter für Immobilienverwaltungsdienste in Anspruch zu nehmen. Die Oberfinanzdirektion ist dem Gerichtshof auf Anfrage bei der Auswahl des Anbieters beziehungsweise der Anbieter von Immobilienverwaltungsdiensten behilflich. Der Gerichtshof teilt der Regierung mit, welche der in Anlage 2 genannten Dienste von externen Dienstleistern erbracht werden. Alle übrigen Dienste werden vom Gerichtshof erbracht.

(3) Das Gastland ist auf eigene Kosten für die in Anlage 2 genannten größeren Reparaturen zuständig. Dazu gehören insbesondere notwendige Maßnahmen zur Substanzerhaltung an den Gebäuden, den Einrichtungen und der Ausrüstung („in Dach und Fach“) und zur Beseitigung etwaiger baulicher Mängel an den Gebäuden. Darüber hinaus ist es für eine gegebenenfalls notwendige Wiederherstellung beziehungsweise einen gegebenenfalls notwendigen Wiederaufbau der Liegenschaft nach Artikel 7 zuständig. Der Gerichtshof zeigt der Regierung notwendige Maßnahmen, für die das Gastland zuständig ist, an; die Regierung trifft daraufhin schnelle und wirksame Maßnahmen.

(4) Der Gerichtshof kann unter Benachrichtigung der zuständigen Behörden auf eigene Kosten an der Liegenschaft für seine Zwecke Veränderungen vornehmen, Ausrüstung anbringen, Einrichtungen einzubauen und Anbauten errichten. Bei baulichen Veränderungen an den Gebäuden oder Anbauten, die auf der Liegenschaft errichtet werden sollen, holt der Gerichtshof zuvor die Genehmigung der Regierung ein und berücksichtigt die in der Freien und Hansestadt Hamburg geltenden Bauvorschriften, soweit dies möglich ist und diese Vorschriften auf dem Sitzgelände nach Artikel 4 Absatz 2 des Sitzabkommens gelten.

(5) Um sicherzustellen, dass mögliche Gewährleistungsansprüche gegen eine Bauunternehmung oder einen Architekten, die an der Errichtung und Renovierung der Gebäude, der Einrichtungen und der Ausrüstung beteiligt waren, rechtzeitig geltend gemacht werden, unterrichtet der Gerichtshof die Regierung so bald wie möglich über alle Mängel, die zu solchen Gewährleistungsansprüchen führen könnten.

be responsible for minor repairs. A detailed description of the responsibilities of the Tribunal in respect of operation and maintenance as well as repairs is set out in Annex 2.

(2) The Tribunal undertakes to secure the services of one or more providers of facility management to carry out the operation and maintenance of the premises in accordance with this article. When so requested, the Oberfinanzdirektion shall assist the Tribunal in the selection of the providers of facility management services. The Tribunal will notify the Government as to which of the services specified in Annex 2 will be carried out by external operators. All other services will be carried out by the Tribunal.

(3) The host country shall be responsible, at its own expense, for major repairs as specified in Annex 2. This includes in particular measures necessary to preserve the substance of the buildings, installations and fittings thereon („in Dach und Fach“) and to eliminate possible construction defects in the buildings. In addition, it shall be responsible for any necessary restoration or reconstruction of the premises in accordance with article 7. The Tribunal shall report any necessary measures that are the responsibility of the host country to the Government, which shall take prompt and effective action in response.

(4) The Tribunal may, with notice to the competent authorities, at its own expense, make alterations, attach fittings, add installations and erect additions on the premises for its own purposes. In any case involving structural alterations of the buildings or additions to be erected on the premises, the Tribunal shall obtain the prior consent of the Government and take into account the building regulations applicable in the Free and Hanseatic City of Hamburg to the extent feasible and subject to their applicability in the Headquarters district in accordance with article 4, paragraph 2, of the Headquarters Agreement.

(5) In order to ensure the timely filing of warranty claims which may arise against a construction company or architect involved in the construction and renovation of the buildings, installations and fittings, the Tribunal shall inform the Government as soon as possible of any defects which may possibly give rise to warranty claims.

tallations et agencements, en particulier celles rendues nécessaires par l'usure, le Tribunal est responsable des réparations mineures. Une description détaillée des responsabilités du Tribunal concernant le fonctionnement, l'entretien ainsi que les réparations figure à l'annexe 2.

2) Le Tribunal s'engage à s'assurer les services d'un ou de plusieurs prestataires en matière de gestion des aménagements, qui se chargeront du fonctionnement et de l'entretien des locaux conformément au présent article. Sur demande, la Oberfinanzdirektion assiste le Tribunal pour le choix des prestataires de services chargés de la gestion des aménagements. Le Tribunal informe au Gouvernement quels services parmi ceux spécifiés à l'annexe 2 seront assurés par des opérateurs externes. Tous les autres services sont assurés par le Tribunal.

3) Le pays hôte est responsable, à ses frais, des gros travaux de réparation spécifiés à l'annexe 2. Ceux-ci incluent, en particulier, les mesures nécessaires pour préserver la structure des bâtiments et les installations et agencements qui s'y trouvent („in Dach und Fach“), et pour remédier à de possibles défauts de construction des bâtiments. Il est en outre responsable de toute restauration ou reconstruction des locaux qui s'avérerait nécessaire conformément à l'article 7. Le Tribunal informe le Gouvernement de toute mesure nécessaire relevant du domaine de responsabilité du pays hôte; le Gouvernement prend alors sans délai des mesures adéquates.

4) Le Tribunal peut, à ses propres fins et à ses frais, en le notifiant aux autorités compétentes, procéder à des transformations des locaux, y ajouter des agencements, y adjoindre des installations et construire des annexes. Dans chacun des cas impliquant des transformations structurelles des bâtiments ou la construction d'annexes, le Tribunal obtient le consentement préalable du Gouvernement et tient compte des réglementations en matière de construction applicables dans la Ville libre et hanséatique de Hambourg, dans la mesure du possible et sous réserve de leur applicabilité dans le district du siège conformément à l'article 4, paragraphe 2, de l'Accord de siège.

5) Afin d'assurer à temps l'introduction de recours en garantie qui s'avérerait nécessaires contre une entreprise de bâtiment ou contre un architecte ayant participé à la construction et à la rénovation des bâtiments, des installations et agencements, le Tribunal informe le Gouvernement dès que possible de tout défaut qui pourrait donner lieu à l'introduction d'un recours en garantie.

(6) Soweit das Gastland dem Gerichtshof Ausstattung zur Nutzung überlässt, ist der Gerichtshof auf eigene Kosten zuständig für alle Wartungsmaßnahmen, Reparaturen oder Ersatzbeschaffungen in Bezug auf diese Ausstattung, die der Gerichtshof im Einklang mit seinen eigenen Bedürfnissen als notwendig oder angebracht erachtet. In Bezug auf diese Ausstattung stellt die Regierung sicher, dass mögliche Gewährleistungsansprüche auf den Gerichtshof übergehen, oder sie bevollmächtigt den Gerichtshof, die von den Herstellern oder Lieferanten zugesicherten Wartungsdienste oder Reparaturen an dieser Ausstattung in Anspruch zu nehmen. Die Regierung stellt dem Gerichtshof alle zur Geltendmachung solcher Gewährleistungsansprüche nötigen Informationen zur Verfügung.

(7) Der Gerichtshof meldet den zuständigen Behörden binnen eines Jahres nach dem in Artikel 3 Absatz 6 genannten Tag alle Gegebenheiten der Liegenschaft, die den Anforderungen nach Artikel 3 Absatz 5 nicht entsprechen. Die Regierung trifft umgehende und wirksame Maßnahmen, um sicherzustellen, dass diese Anforderungen erfüllt werden und dass gegebenenfalls notwendige Reparaturen oder Ersatzbeschaffungen innerhalb einer angemessenen Frist durchgeführt werden.

Artikel 5

Öffentliche Dienstleistungen für die Liegenschaft

Die Oberfinanzdirektion setzt sich auf Ersuchen des Kanzlers des Gerichtshofs dafür ein, die Anbieter öffentlicher Dienstleistungen zu veranlassen,

- zu angemessenen Bedingungen die vom Gerichtshof benötigten öffentlichen Dienstleistungen bereitzustellen und aufrechtzuerhalten, darunter, ohne darauf beschränkt zu sein, Post-, Telefon-, Telegrafien-, Faxvermittlungs- und Datenkommunikationsdienste, Elektrizitäts-, Wasser- und Gasversorgung, Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr, Brandschutz und öffentlichen (Nah)verkehr;
- dem Gerichtshof im Hinblick auf die unter Buchstabe a bezeichneten Versorgungsdienste und Dienstleistungen Tarife einzuräumen, die nicht weniger günstig sind als diejenigen, die für wichtige Stellen und Organe der Regierung im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg gelten.

Artikel 6

Zutritt zu der Liegenschaft

Unbeschadet des Artikels 5 des Sitzabkommens dürfen gehörig befugte Vertreter der zuständigen Behörden auf Ersuchen, nach ordnungsgemäßer Benachrichtigung und mit vorheriger Zustimmung des Kanzlers des Gerichtshofs die Liegenschaft betreten, um sie zu Instandhal-

(6) To the extent to which the host country furnishes the Tribunal with equipment for its use, the Tribunal shall be responsible, at its own expense, for any servicing measure, repair or replacement of such equipment which the Tribunal may consider to be necessary or appropriate according to its own requirements. In respect of such equipment the Government shall secure the transfer of any warranty rights to the Tribunal or shall authorize the Tribunal so to secure servicing or repairs of the equipment warranted by the producers or suppliers of such equipment. The Government will make available to the Tribunal all information necessary to file such warranty claims.

(7) Within one year from the date specified in article 3, paragraph 6, the Tribunal will notify the competent authorities of any conditions of the premises that do not conform to the requirements in article 3, paragraph 5. The Government shall take prompt and effective action to ensure that these requirements are met and that any necessary repairs or replacements are undertaken within a reasonable time.

Article 5

Public services for the premises

At the request of the Registrar of the Tribunal, the Oberfinanzdirektion shall use its good offices to cause the providers of public services to:

- install and maintain, on fair conditions, the public services needed by the Tribunal, such as, but not limited to, postal, telephone, telegraph, facsimile and data communication services, electricity, water, gas, sewerage, collection of waste, fire protection and public (local) transportation;
- extend to the Tribunal, in respect of utilities and services referred to in subparagraph (a), rates not less favourable than the rates accorded to essential agencies and organs of the Government on the territory of the Free and Hanseatic City of Hamburg.

Article 6

Access to the premises

Without prejudice to article 5 of the Headquarters Agreement, upon request, with due notice given and subject to the prior approval of the Registrar of the Tribunal, duly authorized representatives of the competent authorities may enter the premises in order to inspect the premises

6) Dans la mesure où le pays hôte met à la disposition du Tribunal des équipements destinés à l'usage de celui-ci, le Tribunal est responsable, à ses frais, de toutes les mesures d'entretien, de réparation et de remplacement de ces équipements qu'il jugerait nécessaires ou appropriés selon les besoins du Tribunal. Le Gouvernement veillera à transférer au Tribunal tout droit de garantie relatif à de tels équipements, ou autorisera le Tribunal à s'assurer l'exécution de l'entretien et des réparations garantis par les fabricants ou les fournisseurs de ces équipements. Le Gouvernement fournira au Tribunal toute information nécessaire à l'introduction de tels recours en garantie.

7) Dans un délai d'un an à compter de la date spécifiée à l'article 3, paragraphe 6, le Tribunal notifiera aux autorités compétentes tout état des locaux non conforme aux prescriptions de l'article 3, paragraphe 5. Le Gouvernement prend sans retard des mesures appropriées pour veiller au respect de ces prescriptions et à l'exécution dans un délai raisonnable de toute réparation ou de tout remplacement nécessaire.

Article 5

Services publics pour les locaux

A la demande du Greffier du Tribunal, la Oberfinanzdirektion usera de ses bons offices pour que les prestataires de services publics:

- assurent l'installation et l'entretien, à des conditions équitables, des services publics nécessaires au Tribunal, tels que, notamment, des services postaux, téléphoniques, télégraphiques, de télécopie et de transmission des données, l'électricité, l'eau et du gaz, l'évacuation des eaux usées, l'enlèvement des ordures, des services de protection contre l'incendie et des transports publics (locaux);
- consentent au Tribunal, pour les services publics visés à la lettre a), des tarifs qui ne dépassent pas les tarifs les plus favorables accordés aux institutions et organismes essentiels du Gouvernement se trouvant sur le territoire de la Ville libre et hanséatique de Hambourg.

Article 6

Accès aux locaux

Sans préjudice de l'article 5 de l'Accord de siège, sur demande, après l'avoir notifié à temps au Greffier du Tribunal et sous réserve de l'accord préalable de celui-ci, des représentants dûment autorisés des autorités compétentes peuvent entrer dans les locaux pour les inspecter à des

tungszwecken unter Bedingungen in Augenschein zu nehmen, die den Gerichtshof nicht in unverhältnismäßiger Weise bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben stören.

Artikel 7

Beschädigung oder Zerstörung der Liegenschaft

(1) Vorbehaltlich des Artikels 4 ist der Gerichtshof nicht zuständig für die Wiederherstellung oder den Wiederaufbau der Liegenschaft einschließlich Gebäuden, Einrichtungen und Ausrüstung, soweit sie durch Naturgewalten, Feuer oder andere Ursachen beschädigt oder zerstört wird.

(2) Sollte die Liegenschaft einschließlich Gebäuden, Einrichtungen und Ausrüstung durch Naturgewalten, Feuer oder andere Ursachen beschädigt werden, so stellt die Regierung im Fall einer teilweisen Beschädigung der Liegenschaft den beschädigten Teil der Liegenschaft innerhalb angemessener Frist wieder her. Falls die Liegenschaft vollkommen zerstört oder auf andere Weise für die weitere Nutzung durch den Gerichtshof unbrauchbar wird, stellt die Regierung dem Gerichtshof eine andere geeignete Liegenschaft zur Verfügung.

Artikel 8

Auszug aus der Liegenschaft

Falls der Gerichtshof aus der Liegenschaft auszieht, gibt er dem Gastland die Liegenschaft in einem ebenso guten Zustand, wie er beim Bezug bestand, zurück, abgesehen von normaler Abnutzung und Beschädigung durch Naturgewalten, Feuer oder andere Ursachen. Der Gerichtshof ist nicht verpflichtet, die Liegenschaft in die Form und den Zustand zurückzuversetzen, die sie hatte, bevor eventuelle Änderungen oder Anbauten nach Artikel 4 Absatz 4 vorgenommen wurden. Der Gerichtshof ist nicht verpflichtet, Ausstattung zu ersetzen oder in Stand zu setzen, die nicht fest in den Gebäuden eingebaut ist und vom Gastland mit der Liegenschaft zur Verfügung gestellt wird.

Artikel 9

Beratungen

(1) Vertreter der Regierung und des Gerichtshofs kommen auf Ersuchen einer der Vertragsparteien zusammen, um Probleme, die in Bezug auf die Anwendung dieses Abkommens aufgetreten sein können, im beiderseitigen Einvernehmen zu lösen, damit im Hinblick auf eine Sicherstellung des wirksamen Arbeitens des Gerichtshofs eine geeignete Lösung gefunden wird.

(2) Drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens oder auf Ersuchen einer der Vertragsparteien kommen Vertreter der Regierung und Vertreter des Gerichtshofs zusammen, um die Anwendung des Artikels 4 und der Anlage 2 zu überprüfen.

for the purposes of maintenance, under conditions which shall not unreasonably disturb the carrying out of the functions of the Tribunal.

Article 7

Damage to or destruction of the premises

(1) Subject to article 4, the Tribunal shall not be responsible for restoration or reconstruction of the premises including buildings, installations and fittings in case of damage or destruction by the elements, fire or other causes.

(2) Should the premises, including buildings, installations and fittings, be damaged by the elements, fire or other causes the Government shall, in case of partial damage to the premises, restore the damaged part of the premises within a reasonable time. In the event that the premises are totally destroyed or otherwise rendered unfit for the use of the Tribunal, the Government shall make other suitable premises available to the Tribunal.

fins d'entretien, dans des conditions qui ne gênent pas outre mesure le bon fonctionnement du Tribunal.

Article 7

Dégâts causés aux locaux ou destruction des locaux

1) Sous réserve des dispositions de l'article 4, le Tribunal n'est pas responsable de la restauration ou de la reconstruction des locaux, y compris les bâtiments, les installations et les agencements, en cas de dégâts ou de destructions causés par les éléments, le feu ou d'autres causes.

2) Si les locaux, y compris les bâtiments, les installations et les agencements, subissent des dégâts causés par les éléments, le feu ou d'autres causes, le Gouvernement assure, en cas de dégâts partiels causés aux locaux, la réparation des parties des locaux ayant subi des dégâts, dans un délai raisonnable. Si les locaux sont totalement détruits ou devenus pour d'autres raisons impropre à une utilisation par le Tribunal, le Gouvernement met d'autres locaux appropriés à la disposition du Tribunal.

Article 8

Vacation of the premises

In the event that the Tribunal vacates the premises, it shall surrender the premises to the host country in as good a condition as when taken, except for reasonable wear and tear and damage by the elements, fire or other causes. The Tribunal shall not be required to restore the premises to the shape and state existent prior to any changes or additions that may have been executed in accordance with article 4, paragraph 4. The Tribunal shall not be required to replace or repair any equipment which is not a permanent fixture of the buildings and which will be provided by the host country with the premises.

Dans l'éventualité où le Tribunal abandonne les locaux, il les restitue au pays hôte dans un état aussi bon que celui dans lequel ils se trouvaient au moment de leur réception par le Tribunal, sauf pour ce qui concerne une usure raisonnable et les dégâts causés par les éléments, le feu ou d'autres causes. Le Tribunal n'est pas tenu de remettre les locaux en la forme et l'état existant avant toute transformation ou ajout qui pourrait avoir été exécuté conformément à l'article 4, paragraphe 4. Le Tribunal n'est pas tenu de remplacer ni de réparer tout équipement qui ne constitue pas une installation permanente des bâtiments fournie avec les locaux par le pays hôte.

Article 9

Consultations

(1) Representatives of the Government and representatives of the Tribunal shall meet at the request of either party to resolve by mutual agreement any problems that may have been found to exist with respect to the application of this Agreement in order to find an appropriate solution with a view to securing the effective functioning of the Tribunal.

(2) Three years after entry into force of this Agreement or upon request of either party, representatives of the Government and representatives of the Tribunal shall meet to review the application of article 4 and Annex 2.

Article 8

Abandon des lieux

1) Les représentants du Gouvernement et les représentants du Tribunal se réunissent sur demande de l'une des Parties pour résoudre à l'amiable tout problème ayant pu être constaté concernant l'application du présent Accord, afin de trouver une solution appropriée en vue d'assurer le bon fonctionnement du Tribunal.

Article 9

Consultations

2) Trois ans après l'entrée en vigueur du présent Accord ou sur demande de l'une des Parties, des représentants du Gouvernement et des représentants du Tribunal se réuniront pour examiner l'application de l'article 4 et de l'annexe 2.

Artikel 10**Beilegung von Streitigkeiten**

Alle Streitigkeiten zwischen der Regierung und dem Gerichtshof über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden nach Artikel 33 des Sitzabkommens beigelegt.

Artikel 11**Allgemeine Bestimmungen**

(1) Dieses Abkommen kann jederzeit auf Ersuchen einer der Vertragsparteien durch Vereinbarung zwischen der Regierung und dem Gerichtshof geändert werden.

(2) Dieses Abkommen tritt nach seiner Unterzeichnung durch die Vertragsparteien am selben Tag wie das Sitzabkommen in Kraft. Es wird vom Tag seiner Unterzeichnung an vorläufig angewendet.

(3) Die dem Abkommen beigefügten Anlagen 1 und 2 sind Bestandteil des Abkommens.

Geschehen zu Berlin am 18. Oktober 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 10**Settlement of disputes**

Any dispute between the Government and the Tribunal concerning the interpretation or application of this Agreement shall be settled in accordance with article 33 of the Headquarters Agreement.

Article 11**General provisions**

(1) This Agreement may be amended by agreement between the Government and the Tribunal, at any time, at the request of either Party.

(2) After being signed by the Parties, this Agreement shall enter into force on the same day as the Headquarters Agreement. It shall be applied provisionally as from the date of signature.

(3) The attached Annexes 1 and 2 are an integral part of this Agreement.

Done at Berlin, on 18 October 2000, in duplicate in the German, English and French languages, all texts being equally authentic.

Article 10**Règlement des différends**

Tout différend entre le Gouvernement et le Tribunal relatif à l'interprétation ou à l'application du présent Accord est réglé conformément à l'article 33 de l'Accord de siège.

Article 11**Dispositions générales**

1) Le présent Accord peut être amendé par voie d'accord entre le Gouvernement et le Tribunal, à tout moment, sur demande de l'une des Parties.

2) Le présent Accord, une fois signé par les Parties, entre en vigueur le même jour que l'Accord de siège. Il est appliqué à titre provisoire à partir de la date de sa signature.

3) Les annexes 1 et 2 jointes au présent Accord en sont partie intégrante.

Fait à Berlin, le 18 octobre 2000, en deux exemplaires originaux en allemand, anglais et français, les trois textes faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Wolfgang Ischinger
Herta Däubler-Gmelin

Für den Internationalen Seegerichtshof
For the International Tribunal for the Law of the Sea
Pour le Tribunal international du droit de la mer

P. Chandrasekhara Rao

Anlage 1
zum Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Internationalen Seegerichtshof
über die Inbesitznahme und Nutzung der Liegenschaft
des Internationalen Seegerichtshofs
in der Freien und Hansestadt Hamburg

Beschreibung der Liegenschaft
nach Artikel 1 Buchstabe i

Die Liegenschaft, die dem Gerichtshof zur Inbesitznahme und Nutzung aufgrund des Sitzabkommens und dieses Abkommens zur Verfügung gestellt wird, wird nach Artikel 1 Buchstabe i wie folgt beschrieben:

Abschnitt 1
Eigentümerin

Eigentümerin der Liegenschaft ist die Bundesrepublik Deutschland, wie im Grundbuch Nienstedten eingetragen.

Abschnitt 2
Lage

Die Liegenschaft befindet sich an der Straße „Am Internationalen Seegerichtshof“, Bezirk Altona, Gemarkung Nienstedten, Bundesland Hamburg. Die Liegenschaft umfasst die im Grundbuch Nienstedten, Band 25, Blatt 1056 und Blatt 2334, verzeichneten Flurstücke:

– laufende Nummer 3	Flurstück 1321	Gesamtfläche 28 369 m ²
– laufende Nummer 1	Flurstück 2448	Gesamtfläche 2 721 m ² .

Abschnitt 3
Gebäude

Alle auf den in Abschnitt 2 genannten Flurstücken liegenden Gebäude gehören zu der Liegenschaft. Die Gebäude bilden einen Komplex, bestehend aus dem Hauptgebäude samt Kontrollgebäude und einer Villa aus dem 19. Jahrhundert.

Abschnitt 4
Sonstige Einrichtungen und Anlagen

Die Liegenschaft umfasst darüber hinaus:

- Stellplätze für Kraftfahrzeuge neben dem Einfahrtsbereich;
- Einfriedung einschließlich Einfahrtstor, welche die Grenze der Liegenschaft zu der Elbchaussee, der Elbschloßstraße, der Straße „Am Internationalen Seegerichtshof“ und zum Nachbargrundstück im Westen bildet;
- Fahr- und Gehwege innerhalb der Liegenschaft;
- elektronische Freilandüberwachung;
- Entwässerungssystem zur Ableitung von Regenwasser in die Elbe (Die Leitung verläuft unter der Elbchaussee, dem Flurstück 1406 und dem Flurstück 1117; das Entwässerungssystem befindet sich auf dem Flurstück 1117.).

Annex 1
to the Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the International Tribunal for the Law of the Sea
on the Occupancy and Use of the Premises of
the International Tribunal for the Law of the Sea
in the Free and Hanseatic City of Hamburg

Description of the premises
in accordance with subparagraph i) of article 1

The premises made available to the Tribunal for occupancy and use through the Headquarters Agreement and this Agreement shall be described, as provided in subparagraph i) of article 1, as follows:

Section 1
Owner

The owner of the premises is the Federal Republic of Germany, as entered in the Land Register for Nienstedten.

Section 2
Location

The premises are located on the street "Am Internationalen Seegerichtshof", in the district of Altona, district area of Nienstedten, in the federal state of Hamburg. The premises comprise the plots of land designated in the Land Register for Nienstedten, volume 25, pages 1056 and 2334:

– serial number 3	plot 1321	total area 28,369 m ²
– serial number 1	plot 2448	total area 2,721 m ² .

Section 3
Buildings

All the buildings located on the plots referred to in section 2 form part of the premises. The buildings form a complex comprising the main building together with the security building and a nineteenth-century villa.

Section 4
Additional installations and facilities

The premises also include:

- parking spaces for vehicles near the vehicle entrance;
- boundary of the property, including the entrance gate, forming the border of the premises on the Elbchaussee, on the Elbschloßstraße, on the street "Am Internationalen Seegerichtshof" and on the adjacent site in the west;
- road- and pathways within the premises;
- electronic surveillance of the grounds;
- drainage installation for draining rainwater into the Elbe (the drains run under the Elbchaussee, plots 1406 and 1117; the drainage installation is located on plot 1117).

Annexe 1
à l'Accord
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Tribunal international du droit de la mer
relatif à l'occupation et à l'utilisation des locaux
du Tribunal international du droit de la mer
dans la Ville libre et hanséatique de Hambourg

Description des locaux
conformément à la lettre i) de l'article premier

Selon ce que prévoit la lettre i) de l'article premier, les locaux mis à la disposition du Tribunal, par l'Accord de siège et par le présent Accord, afin qu'il les occupe et en fasse usage, sont décrits comme suit:

Section 1
Propriétaire

Le propriétaire des locaux est la République fédérale d'Allemagne, conformément à l'inscription au cadastre de Nienstedten.

Section 2
Lieu

Les locaux sont situés dans la rue «Am Internationalen Gerichtshof» dans le district d'Altona, commune de Nienstedten, Land (État) de Hambourg. Les locaux comprennent les parcelles de terrain enregistrées comme suit au cadastre de Nienstedten, volume 25, pages 1056 et 2334:

– numéro de série 3	parcelle 1321	superficie totale 28 369 m ²
– numéro de série 1	parcelle 2448	superficie totale 2 721 m ² .

Section 3
Bâtiments

Tous les bâtiments situés sur les parcelles visées à la section 2 font partie des locaux. Les bâtiments forment un complexe qui comprend le bâtiment principal et le bâtiment de la sécurité ainsi qu'une villa du dix-neuvième siècle.

Section 4
Installations et aménagements supplémentaires

Les locaux comprennent en outre:

- des aires de stationnement pour véhicules, près de l'entrée réservée aux véhicules;
- l'enceinte de la propriété, y compris le portail d'accès, qui constitue les limites extérieures des locaux sur les voies Elbchaussee, Elbschloßstraße, «Am Internationalen Seegerichtshof» et sur le terrain adjacent situé du côté ouest;
- les voies carrossables et les chemins à l'intérieur du périmètre des locaux;
- la surveillance électronique des terrains;
- le système d'écoulement des eaux destiné à l'écoulement des eaux de pluie dans l'Elbe (Les canalisations passent sous la Elbchaussee, parcelles 1406 et 1117. Le système d'écoulement des eaux est installé sur la parcelle 1117).

Anlage 2
zum Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Internationalen Seegerichtshof
über die Inbesitznahme und Nutzung der Liegenschaft
des Internationalen Seegerichtshofs
in der Freien und Hansestadt Hamburg

Aufteilung der Zuständigkeiten nach Artikel 4

Abschnitt 1

Allgemeine Bestimmungen

Zweck dieser Anlage ist, die Aufteilung der jeweiligen Zuständigkeiten der Vertragsparteien für Reparaturen, Betrieb und Instandhaltung sowie Erhaltung der Liegenschaft nach Artikel 4 im Einzelnen festzulegen. Diese Anlage ist nicht erschöpfend; soweit Zuständigkeiten in dieser Anlage nicht ausdrücklich vorgesehen sind, gilt Artikel 4.

Abschnitt 2

Zuständigkeiten des Gastlandes

Das Gastland ist auf eigene Kosten zuständig für größere Reparaturen, wie in Artikel 4 Absatz 3 vorgesehen. Dazu gehören insbesondere notwendige Maßnahmen zur Substanzerhaltung an den Gebäuden, den Einrichtungen und der Ausrüstung („in Dach und Fach“) und zur Beseitigung etwaiger baulicher Mängel an den Gebäuden sowie eine gegebenenfalls notwendige Wiederherstellung beziehungsweise ein gegebenenfalls notwendiger Wiederaufbau der Liegenschaft nach Artikel 7.

Jede einzelne Reparaturmaßnahme, die den Betrag von 2 500 Euro übersteigt, wird als größere Reparatur angesehen. Vorbehaltlich des Abschnitts 3 Buchstabe a werden die Kosten größerer Reparaturen vom Gastland übernommen. Nach dem in Abschnitt 3 Buchstabe a vorgesehenen Verfahren nimmt das Gastland die notwendigen Reparaturen vor oder erteilt dem Gerichtshof die Genehmigung, dies im Namen und auf Kosten des Gastlandes selbst zu tun.

Abschnitt 3

Zuständigkeiten des Gerichtshofs

Nach Artikel 4 Absätze 1 und 2 umfassen die Zuständigkeiten des Gerichtshofs Folgendes:

a) Kleinere Reparaturen an Gebäuden, Einrichtungen und Ausrüstung

Der Gerichtshof ist zuständig für kleinere Reparaturen an der Liegenschaft einschließlich Einrichtungen und Ausrüstung, wie in Artikel 4 Absatz 1 vorgesehen. Für den Zweck der Abgrenzung der Zuständigkeiten des Gerichtshofs für kleinere Reparaturen und der Zuständigkeiten des Gastlandes für größere Reparaturen gilt Folgendes:

- Im Fall einer notwendigen Reparaturmaßnahme an Gebäuden, Einrichtungen und Ausrüstung ist der Gerichtshof für die Übernahme der Kosten bis zu einem Betrag von 1 000 Euro zuständig. Übersteigen die Kosten einer solchen einzelnen Reparaturmaßnahme den Betrag von 1 000 Euro, so erstattet das Gastland dem Gerichtshof den darüber hinausgehenden Betrag. Diese Erstattung wird für die im Kalenderjahr insgesamt angefallenen Reparaturkosten bis zum 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahres durchgeführt. Insgesamt ist der Gerichtshof höchstens bis zu einem Betrag von 50 000 Euro jährlich für solche kleineren Reparaturen zuständig. Das Gastland erstattet dem Gerichtshof alle Kosten für solche vom Gerichtshof bezahlten Reparaturen, welche die Gesamtkostenobergrenze von 50 000 Euro im jeweiligen Kalenderjahr übersteigen.
- Werden für eine einzelne Reparaturmaßnahme Kosten von mehr als 2 500 Euro veranschlagt, so holt der Gerichtshof zunächst die Zustimmung der Oberfinanzdirektion ein, ehe Reparaturen durchgeführt werden. Die Oberfinanzdirektion führt dann die notwendigen Reparaturen durch oder erteilt dem Gerichtshof schriftlich die Genehmigung, dies in ihrem Namen und auf ihre Kosten selbst zu tun. Übersteigen die Gesamtkosten für eine einzelne Reparaturmaßnahme den Betrag von 2 500 Euro, so werden die Kosten, die den Betrag von 1 000 Euro für diese Maßnahme übersteigen, dem Gerichtshof vom Gastland nur erstattet, wenn von der Oberfinanzdirektion zuvor die betreffende schriftliche Genehmigung erteilt worden

ist. Teilt der Gerichtshof der Oberfinanzdirektion mit, dass die betreffende Reparaturmaßnahme dringlich ist, so unternimmt die Oberfinanzdirektion innerhalb eines Monats nach dem Tag dieser Mitteilung, sofern die Umstände nicht ein schnelleres Handeln erfordern, die nötigen Schritte zur Durchführung der Reparatur oder erteilt eine entsprechende Genehmigung. Der Gerichtshof kann die Reparatur veranlassen, wenn innerhalb dieser Frist keine Antwort vorliegt.

- Die Kostengrenzen von 1 000 Euro, 2 500 Euro bzw. 50 000 Euro gelten nicht für Reparaturen oder Ersatz von Gebäuden oder Gebäudeteilen, Einrichtungen und Ausrüstung, die infolge fehlerhaften Betriebs oder nicht angemessener Instandhaltung notwendig werden. In diesem Fall ist der Gerichtshof für die Übernahme der gesamten Kosten für Ersatz oder Reparatur zuständig.

b) Betrieb und Instandhaltung der Liegenschaft

Wie in Artikel 4 Absatz 1 vorgesehen, ist der Gerichtshof für Folgendes zuständig:

- Betrieb und Instandhaltung von Einrichtungen und Ausrüstung einschließlich Inspektion und Wartung;
- Entsorgung von Abwasser und Müll einschließlich Sondermüll;
- Kosten für Versorgungsleistungen wie Elektrizität, Gas oder Dieselkraftstoff und Wasser;
- Gartenpflege;
- Hausmeisterdienste;
- Reinigung von Gebäuden und Außenanlagen einschließlich Reinhaltung der an die Liegenschaft angrenzenden Gehwege an den Straßen „Am Internationalen Seegerichtshof“ und „Elbchaussee“;
- Sicherheit;
- Räumung von Eis und Schnee einschließlich Freiräumen der an die Liegenschaft angrenzenden Gehwege an den Straßen „Am Internationalen Seegerichtshof“ und „Elbchaussee“;
- Instandhaltung der Telekommunikationsanlage.

c) Erhaltung der Gebäude und Pflege der Außenanlagen

Der Gerichtshof ist, wie in Artikel 4 Absatz 1 vorgesehen, für die Erhaltung der Gebäude und die Pflege der Außenanlagen zuständig. Diese Zuständigkeit umfasst alle Schönheitsreparaturen im Innern sowie an der Außenseite der Gebäude, die nötig sind, um die Gebäude in einem guten Erscheinungsbild und nutzbaren Zustand zu erhalten.

Annex 2
to the Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the International Tribunal for the Law of the Sea
on the Occupancy and Use of the Premises of the
International Tribunal for the Law of the Sea
in the Free and Hanseatic City of Hamburg

Distribution of responsibilities in accordance with article 4

Section 1

General provisions

The purpose of this Annex is to lay down in detail the distribution of the respective responsibilities of the Parties in respect of repairs, operation and maintenance as well as upkeep of the premises as provided for in article 4. This Annex is not exhaustive: insofar as responsibilities are not expressly provided for in this Annex, article 4 shall apply.

Section 2

Responsibilities of the host country

The host country shall be responsible, at its own expense, for major repairs as provided in article 4, paragraph 3. This includes in particular measures necessary to preserve the substance of the buildings, installations and fittings thereon ("in Dach und Fach") and to eliminate possible construction defects in the buildings as well as any necessary restoration or reconstruction of the premises in accordance with article 7.

Any single repair measure exceeding the amount of 2,500 Euro shall be considered to be a major repair. Subject to section 3 a), the costs of major repairs shall be borne by the host country. The host country, in accordance with the procedure in section 3 a), shall carry out the necessary repairs or authorize the Tribunal to do so on its behalf and at its expense.

Section 3

Responsibilities of the Tribunal

Pursuant to article 4, paragraphs 1 and 2, the responsibilities of the Tribunal shall include the following:

a) Minor repairs of buildings, installations and fittings

The Tribunal shall be responsible for minor repairs of the premises including installations and fittings as provided in article 4, paragraph 1. For the purpose of determining the responsibilities of the Tribunal for minor repairs and of the host country for major repairs the following shall apply:

- In case of a necessary repair measure in respect of buildings, installations and fittings, the Tribunal shall be responsible for covering the costs up to an amount of 1,000 Euro. In case the cost of such a single repair measure exceeds the amount of 1,000 Euro, the host country shall reimburse the Tribunal for the amount in excess. Such reimbursement of repair costs incurred during a calendar year shall be executed by 30 June of the following calendar year. The total responsibility of the Tribunal in respect of such repairs shall not exceed 50,000 Euro per year. The host country shall reimburse the Tribunal for any costs of such repairs which have been paid by the Tribunal and which exceed the overall cost ceiling of 50,000 Euro in any given calendar year.
- In any case where the cost of a single repair measure is assessed to be in excess of the amount of 2,500 Euro, the Tribunal shall seek the prior approval of the Oberfinanzdirektion before any repairs are carried out. In such case, the Oberfinanzdirektion shall carry out the necessary repairs or authorize the Tribunal in writing to do so on its behalf and at its expense. No reimbursement by the host country of costs exceeding the amount of 1,000 Euro for a single repair measure to the Tribunal shall be made if the total costs for this measure exceed the amount of 2,500 Euro unless such prior written authorization has been given by the Oberfinanzdirektion. In any case where the Tribunal notifies the Oberfinanzdirektion that such repair measure is urgent, the Oberfinanzdirektion shall take the necessary steps to carry out the repair work or provide an authorization, within one month from the date of notification unless the circumstances require earlier action. The

Tribunal may proceed with the repair if no response is provided within that timelimit.

- The cost ceilings of 1,000 Euro, 2,500 Euro and 50,000 Euro do not apply to any repairs or replacements of buildings or parts of buildings, installations and fittings which become necessary as a result of faulty operation or inadequate maintenance. In such a case, the Tribunal shall be responsible for covering the full costs of replacement or repair.

b) Operation and maintenance of the premises

The Tribunal shall be responsible as provided in article 4, paragraph 1, for the following:

- operation and maintenance, including inspection and servicing, of installations and fittings;
- disposal of sewage and garbage, including hazardous waste;
- utility costs such as electricity, gas or diesel fuel, and water;
- gardening;
- janitorial services;
- cleaning of buildings and grounds including cleaning of pavements adjacent to the premises on the streets "Am Internationalen Seegerichtshof" and "Elbchaussee";
- security;
- snow and ice removal including cleaning of pavements adjacent to the premises on the street "Am Internationalen Seegerichtshof" and "Elbchaussee";
- maintenance of telecommunication equipment.

c) Upkeep of buildings and care of the grounds

The Tribunal shall be responsible for the upkeep of the buildings and care of the grounds as provided in article 4, paragraph 1. This responsibility include all cosmetic repairs on the inside and outside of the buildings which are necessary to keep the appearance of the buildings in a good and tenantable condition.

Annexe 2
à l'Accord
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Tribunal international du droit de la mer
relatif à l'occupation et à l'utilisation des locaux
du Tribunal international du droit de la mer
dans la Ville libre et hanséatique de Hambourg

Répartition des responsabilités conformément à l'article 4

Section 1

Dispositions générales

L'objet de la présente annexe est de définir dans le détail les responsabilités respectives des Parties relatives aux réparations, au fonctionnement et à l'entretien des locaux, comme le prévoit l'article 4. La présente annexe n'est pas exhaustive: lorsque des responsabilités n'y sont pas expressément énoncées, les dispositions de l'article 4 s'appliquent.

Section 2

Responsabilités du pays hôte

Il incombe au pays hôte d'assurer, à ses frais, les gros travaux de réparation visés à l'article 4, paragraphe 3. Ces réparations incluent en particulier les mesures nécessaires pour préserver la structure des bâtiments, les installations et agencements qui s'y trouvent («in Dach und Fach»), et pour remédier à d'éventuels défauts de construction des bâtiments; il lui incombe en outre d'assurer toute restauration ou reconstruction des locaux qui s'avérerait nécessaire conformément à l'article 7.

Toute réparation dont le coût excède le montant de 2 500 euros est considérée comme relevant des gros travaux de réparation. Sous réserve de la section 3, lettre a), les coûts des gros travaux de réparation sont supportés par le pays hôte. Conformément à la procédure définie à la section 3, lettre a), le pays hôte exécute les travaux de réparation nécessaires ou autorise le Tribunal à le faire pour le compte et aux frais du pays hôte.

Section 3

Responsabilités du Tribunal

Conformément à l'article 4, paragraphes 1 et 2, les responsabilités du Tribunal incluent:

- a) Les réparations mineures des bâtiments, installations et agencements

Le Tribunal est responsable des réparations mineures des locaux, y compris les installations et les agencements, comme prévu à l'article 4, paragraphe 1. Afin de déterminer les responsabilités du Tribunal concernant les réparations mineures et celles du pays hôte concernant les gros travaux de réparation, la règle suivante s'applique:

- Dans le cas d'une mesure de réparation nécessaire concernant les bâtiments, les installations et agencements, il incombe au Tribunal de supporter les frais à concurrence d'un montant de 1 000 euros. Si le coût d'une telle mesure de réparation excède ce montant de 1 000 euros, le pays hôte rembourse la différence au Tribunal. Pour les frais de réparation payés au cours d'une année civile, ce remboursement est exécuté au plus tard le 30 juin de l'année civile suivante. La responsabilité totale du Tribunal pour de telles réparations est limitée à 50 000 euros par an. Le pays hôte rembourse au Tribunal tous coûts éventuels de telles réparations acquittés par le Tribunal, qui dépassent le plafond global de 50 000 euros pour toute année civile;
- Dans tous les cas où l'estimation du coût d'une mesure de réparation dépasse le montant de 2 500 euros, le Tribunal demande l'approbation préalable de la Oberfinanzdirektion avant que les réparations ne soient effectuées. Dans de tels cas, la Oberfinanzdirektion assure les réparations nécessaires ou autorise le Tribunal par écrit à les faire pour le compte et aux frais de la Oberfinanzdirektion. Dans le cas d'une mesure de réparation dont le coût dépasse le montant de 1 000 euros, le Tribunal ne bénéficie pas de remboursement par le pays hôte si le coût total de cette mesure est supérieur à 2 500 euros, à moins que la Oberfinanzdirektion n'ait donné au préalable son autorisation par écrit. Dans tous les cas où le Tribunal notifie à la Oberfinanzdirektion qu'une telle mesure de réparation revêt un caractère

urgent, la Oberfinanzdirektion prend les dispositions nécessaires pour l'exécution du travail de réparation ou délivre une autorisation, dans un délai d'un mois à compter de la date de notification, à moins que les circonstances n'exigent une action plus rapide. Le Tribunal peut faire effectuer le travail de réparation s'il ne reçoit aucune réponse dans ce délai;

- Les plafonds de coût de 1 000 euros, 2 500 euros et 50 000 euros ne s'appliquent pas dans le cas de toute réparation ou de tout remplacement de bâtiments, de parties de bâtiment, d'installations et d'agencements rendus nécessaires par un mauvais fonctionnement ou un entretien inadéquat. Dans un tel cas, il incombe au Tribunal de couvrir la totalité des coûts de remplacement ou de réparation.

b) Fonctionnement et entretien des locaux

Comme prévu à l'article 4, paragraphe 1, le Tribunal est responsable:

- du fonctionnement des installations et agencements ainsi que de leur entretien, qui comprend leur inspection et leur entretien;
- de l'évacuation des eaux usées et de l'enlèvement des ordures, y compris des déchets dangereux;
- des coûts des services publics tels que l'électricité, le gaz ou le fioul et l'eau;
- de l'entretien des jardins;
- des services de conciergerie;
- du nettoyage des bâtiments et des terrains y compris le nettoyage des trottoirs adjacents aux locaux sur les rues «Am Internationalen Seegerichtshof» et «Elbchaussee»;
- de la sécurité;
- du déneigement, y compris le nettoyage des trottoirs adjacents aux locaux sur les rues «Am Internationalen Seegerichtshof» et «Elbchaussee»;
- de l'entretien de l'équipement de télécommunications.

c) Entretien des bâtiments et des terrains

Le Tribunal est responsable de l'entretien des bâtiments et des terrains, comme le prévoit l'article 4, paragraphe 1. Cette responsabilité inclut toutes les mesures d'embellissement nécessaires à l'intérieur et à l'extérieur des bâtiments pour préserver l'aspect extérieur des bâtiments et maintenir ceux-ci dans un état permettant leur occupation.

Auswärtiges Amt

Berlin, 18. Oktober 2000

Herr Kanzler,

ich beehe mich, im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf das heute unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über die Inbesitznahme und Nutzung der Liegenschaft des Internationalen Seegerichtshofs in der Freien und Hansestadt Hamburg (im Folgenden als „Zusatzabkommen“ bezeichnet) Bezug zu nehmen und folgende Absprachen zu bestätigen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Internationale Seegerichtshof sind übereingekommen, das Zusatzabkommen zu unterzeichnen, um es dem Gerichtshof zu ermöglichen, in die neue Liegenschaft umzuziehen, obwohl die Verhandlungen in Bezug auf das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über den Sitz des Gerichtshofs (im Folgenden als „Sitzabkommen“ bezeichnet) nicht abgeschlossen sind.
2. Im Hinblick auf die Verweise in dem Zusatzabkommen auf Bestimmungen des Sitzabkommens sind die Vertragsparteien übereingekommen, dass diese Verweise sich auf den Entwurf des Sitzabkommens beziehen, über das sie verhandeln (die maßgeblichen Auszüge des Entwurfs für das Sitzabkommen sind als Anlage*) beigefügt, und die Textstelle in den Auszügen ist nicht als endgültige Fassung für die Zwecke des Sitzabkommens anzusehen).
3. Nach Unterzeichnung des Sitzabkommens stellen etwaige an den Zitaten bestimmter Artikel des Sitzabkommens vorgenommene Korrekturen sowie die Streichung eckiger Klammern dieser Artikel in dem Zusatzabkommen keine förmlichen Änderungen des Zusatzabkommens dar und würden daher nicht das Änderungsverfahren nach Artikel 11 Absatz 1 des Zusatzabkommens nach sich ziehen. Solche etwaigen Korrekturen und Streichungen werden auf der Grundlage eines Briefwechsels zwischen den Vertragsparteien, der unmittelbar nach Unterzeichnung des Sitzabkommens erfolgt, vorgenommen.
4. Die Verpflichtung des Gerichtshofs nach Artikel 4 Absatz 1 des Zusatzabkommens, die Liegenschaft „in ordnungsgemäßem und nutzbarem Zustand“ zu halten, wird dahingehend ausgelegt, dass sie die Zuständigkeit des Gerichtshofs umfasst, die Liegenschaft in einem sicheren Zustand zu halten. Dies entspricht der Zuständigkeit der Regierung nach Artikel 3 Absatz 6, dem Gerichtshof die Liegenschaft „sicher, tauglich und bereit zur Nutzung und Inbesitznahme“ zur Verfügung zu stellen. Mit Bezug auf Artikel 7 und 8 des Zusatzabkommens sind unter dem Begriff „andere Ursachen“, der in der Formulierung „Naturgewalten, Feuer oder andere Ursachen“ enthalten ist, andere gleichartige Ursachen zu verstehen, wie etwa höhere Gewalt.
5. Die vorläufige Liegenschaft des Gerichtshofs, die in Hamburg, Wexstraße 4, gelegen ist, wird dem Gerichtshof bis zu 30 Tagen nach dem Tag der Inbesitznahme der neuen Liegenschaft durch den Gerichtshof zur Verfügung stehen. Der Besitzübergang der neuen Liegenschaft an den Gerichtshof erfolgt wie zwischen den Vertragsparteien vereinbart am 6. November 2000.

Genehmigen Sie, Herr Kanzler, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Gerd Westdickenberg

An den
Kanzler des Internationalen Seegerichtshofs
S. E. Herrn Gritakumar E. Chitty
Hamburg

*) Anmerkung: Von einem Abdruck wurde abgesehen.

Courtesy translation

Auswärtiges Amt

Berlin, 18 October 2000

Mr. Registrar,

I have the honour, on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany, to refer to the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the International Tribunal for the Law of the Sea on the Occupancy and Use of the Premises of the International Tribunal for the Law of the Sea in the Free and Hanseatic City of Hamburg (hereinafter "Additional Agreement"), which was signed today, and to confirm the following understandings:

1. The Government of the Federal Republic of Germany and the International Tribunal for the Law of the Sea have agreed to sign the Additional Agreement, in order to enable the Tribunal to move into the new premises, although negotiations with regard to the Agreement between the Federal Republic of Germany and the International Tribunal for the Law of the Sea regarding the Headquarters of the Tribunal (hereinafter "Headquarters Agreement") have not been concluded.
2. With regard to references in the Additional Agreement to provisions of the Headquarters Agreement, the parties have agreed that these references are to the draft Headquarters Agreement which is under negotiation between them (relevant excerpts of the draft Headquarters Agreement are annexed herewith and the passage of the text set out in the excerpts is not to be treated as definitive for the purposes of the Headquarters Agreement).
3. Upon signature of the Headquarters Agreement, corrections, if any, made in the citations of specific articles of the Headquarters Agreement and deletion of square brackets around such articles in the Additional Agreement shall not constitute formal amendments to the Additional Agreement and would not, therefore, attract the procedure for amendment under article 11, paragraph 1, of the Additional Agreement. Such corrections, if any, and deletions shall be made on the basis of an exchange of letters between the parties immediately following signature of the Headquarters Agreement.
4. The duty of the Tribunal under article 4, paragraph 1, of the Additional Agreement to maintain the premises "in good repair and tenable condition" shall be interpreted to include the Tribunal's responsibility to keep the premises in a safe condition. This corresponds to the Government's responsibility under article 3, paragraph 6, to make the premises available to the Tribunal safe, fit and ready for use and occupancy. With respect to articles 7 and 8 of the Additional Agreement, the term "other causes" contained in the expression "the elements, fire or other causes" shall mean other similar causes such as force majeure.
5. The temporary premises of the Tribunal, located at Wexstrasse 4, Hamburg, shall be available to the Tribunal for a period of 30 days after the date of occupation of the new premises by the Tribunal. The transfer of possession of the new premises to the Tribunal will take place, as agreed between the parties, on 6 November 2000.

Please accept, Mr. Registrar, the assurance of my highest consideration.

Dr. Gerd Westdickenberg

Registrar of the International Tribunal
For the Law of the Sea
H. E. Mr. Gritakumar E. Chitty
Hamburg

(Traduction de courtoisie)

Auswärtiges Amt

Berlin, le 18 octobre 2000

M. le Greffier,

J'ai l'honneur de me référer, au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, à l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Tribunal international du droit de la mer relatif à l'occupation et à l'utilisation des locaux du Tribunal international du droit de la mer dans la Ville libre et hanséatique de Hambourg (ci-après dénommé «Accord complémentaire»), qui a été signé ce jour, et de confirmer notre entente sur les points ci-après:

1. Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Tribunal international du droit de la mer ont convenu de signer l'Accord complémentaire, afin de permettre au Tribunal d'emménager dans les nouveaux locaux, cela bien que les négociations relatives à l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Tribunal international du droit de la mer relatif au siège du Tribunal (ci-après dénommé «Accord de siège») ne soient pas encore achevées.
2. En ce qui concerne les références faites dans l'Accord complémentaire à certaines dispositions de l'Accord de siège, les Parties ont convenu qu'il s'agit de références au projet d'Accord de siège en cours de négociations entre elles (les extraits pertinents du projet d'Accord de siège se trouvent joints en annexe; et les passages du texte qui figurent dans les extraits en question ne doivent pas être considérés comme revêtant un caractère définitif aux fins de l'Accord de siège).
3. Dès la signature de l'Accord de siège, toute correction apportée, le cas échéant, aux citations tirées d'articles spécifiques de l'Accord de siège et toute suppression de crochets entre lesquels est mis le texte de tels articles dans l'Accord complémentaire ne constituent pas des amendements formels de l'Accord complémentaire et ne devraient, de ce fait, pas être soumises à la procédure d'amendement prévue à l'article 11, paragraphe 1, de l'Accord complémentaire. Ces éventuelles corrections et suppressions seront faites sur la base d'un échange de lettres entre les Parties, immédiatement après la signature de l'Accord de siège.
4. L'obligation qui incombe au Tribunal, en vertu de l'article 4, paragraphe 1, de l'Accord complémentaire d'entretenir les locaux et de les conserver «dans un bon état permettant leur occupation» est interprétée comme comprenant la responsabilité qui revient au Tribunal de conserver les locaux dans un état sûr. Cette obligation correspond à la responsabilité qui incombe au Gouvernement en vertu de l'article 3, paragraphe 6, de mettre à la disposition du Tribunal des locaux sûrs, adéquats et prêts à être utilisés et occupés. Eu égard aux articles 7 et 8 de l'Accord complémentaire, il convient d'entendre par l'expression «autres causes» qui figure dans le membre de phrase «les éléments, le feu ou d'autres causes» d'autres causes similaires telles un cas de force majeure.
5. Les locaux provisoires du Tribunal, situés Wexstrasse 4 à Hambourg, restent à la disposition du Tribunal pendant une période de 30 jours à compter de la date de l'occupation des nouveaux locaux par le Tribunal. Le transfert de la jouissance des nouveaux locaux au Tribunal aura lieu, comme convenu entre les Parties, le 6 novembre 2000.

Veuillez agréer, M. le Greffier, les assurances de ma très haute considération.

Dr. Gerd Westdickenberg

S. E. M. Gritakumar E. Chitty
Greffier
Tribunal international du droit de la mer
Hamburg

Höflichkeitsübersetzung

18. Oktober 2000

Herr Ministerialdirektor,

ich beehre mich, den Eingang Ihres Schreibens vom 18. Oktober 2000 zu bestätigen, mit dem Sie im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Absprachen zu dem Abkommen zwischen dem Internationalen Seegerichtshof und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Inbesitznahme und Nutzung der Liegenschaft des Internationalen Seegerichtshofs in der Freien und Hansestadt Hamburg (im Folgenden als „Zusatzabkommen“ bezeichnet) bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Ich bestätige, dass die in Ihrem Schreiben genannten Absprachen der Auffassung des Internationalen Seegerichtshofs entsprechen.

Genehmigen Sie, Herr Ministerialdirektor, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Gritakumar E. Chitty

An
Herrn Gerd Westdickenberg
Ministerialdirektor
Auswärtiges Amt
Berlin

International Tribunal
for the Law of the Sea

18 October 2000

Mr. Director General,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter of 18 October 2000 in which you confirm, on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany, the understandings concerning the Agreement between the International Tribunal for the Law of the Sea and the Government of the Federal Republic of Germany on the Occupancy and Use of the Premises of the International Tribunal for the Law of the Sea in the Free and Hanseatic City of Hamburg (hereinafter "Additional Agreement") which reads as follows:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

I confirm that the understandings set out in your letter correspond to those of the International Tribunal for the Law of the Sea.

Please accept, Sir, the assurances of my highest consideration.

Gritakumar E. Chitty

Mr. Gerd Westdickenberg
Director General of Legal Affairs
Foreign Office
Berlin

(Traduction de courtoisie)

Le 18 octobre 2000

Monsieur le Directeur général,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 18 octobre 2000, dans laquelle vous confirmez, au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, les points sur lesquels nous nous sommes entendus au sujet de l'Accord entre le Tribunal international du droit de la mer et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relatif à l'occupation et à l'utilisation des locaux du Tribunal international du droit de la mer dans la Ville libre et hanséatique de Hambourg (ci-après dénommé «Accord complémentaire»), points qui sont libellés comme suit:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Je confirme que les points sur lesquels une entente est intervenue, tels qu'énoncés dans votre lettre, correspondent bien à ceux retenus par le Tribunal international du droit de la mer.

Veuillez agréer, Monsieur le Directeur général, les assurances de ma très haute considération.

Gritakumar E. Chitty

M. Gerd Westdickenberg
Directeur général des affaires juridiques
Ministère des affaires étrangères
Berlin

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mbh. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mbh., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgb@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgb.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Beitrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mbh. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,30 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mbh. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Rotterdamer Übereinkommens
über das Verfahren der vorherigen Zustimmung
nach Inkennnissetzung für bestimmte gefährliche Chemikalien
sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel
im internationalen Handel**

Vom 27. April 2007

Das Rotterdamer Übereinkommen vom 10. September 1998 über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennnissetzung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel (BGBI. 2000 II S. 1058) wird nach seinem Artikel 26 Abs. 2 für

Bosnien und Herzegowina

am 17. Juni 2007

Georgien

am 28. Mai 2007

Nepal

am 10. Mai 2007

in Kraft treten.

Das Übereinkommen ist für die

Slowakei

am 26. April 2007

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 19. Februar 2007 (BGBI. II S. 294).

Berlin, den 27. April 2007

**Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel**